

Rede Prof. Probst beim „March of Science“, Samstag 4. Mai 2019

300 Jahre nach dem Beginn des Zeitalters der Aufklärung stehen wir möglicherweise vor einer Zeitenwende, die mit dem Begriff vom „postfaktischen Zeitalter“ bereits einen Namen bekommen hat. Überall auf der Welt, in den USA, in Lateinamerika, in Europa und auch in Asien sind politische Kräfte auf dem Vormarsch, die die Uhren der Aufklärung zurückdrehen wollen.

Dort, wo diese politischen Kräfte an die Macht gelangen, versuchen sie, die Grundlagen der Demokratie außer Kraft zu setzen. Dabei weist ihr Vorgehen ein gemeinsames Muster auf:

- Sie sprechen politischen Gegnern jedwede Legitimität ab und erklären sie zu Feinden des Volkes,
- sie diffamieren die unabhängigen Medien als Lügenpresse und versuchen die Medien unter ihre Kontrolle zu bringen,
- sie unterhöheln die demokratische Gewaltenteilung und beschneiden die Unabhängigkeit der Justiz,
- sie stellen die Erkenntnisse von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Frage stellen und tun diese als Propaganda ab,
- sie vergiften das politische Klima, indem sie Fakten leugnen, verdrehen und manipulieren, indem sie aus offensichtlichen Unwahrheiten sogenannte alternative Fakten machen oder indem sie Meinungen zu Fakten und Fakten zu Meinungen erklären.

Wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler tragen eine Mitverantwortung dafür, dass in einem solchen Klima von Lügen, Manipulationen und Verdrehungen Tatsachen die Richtschnur demokratischen politischen Handelns bleiben. Genau das hat sich der **March of Science** zum Ziel gesetzt. Auch wenn der Versuch der Populisten, ihren Machtanspruch mithilfe von Lügen durchzusetzen und zu behaupten, scheinbar leicht zu durchschauen ist, dürfen wir uns aus einer Reihe von Gründen nicht zu sicher fühlen:

1. Die populistische Rhetorik mit ihrer Verdrehung von Fakten und ihren Angriffen auf unabhängige Medien findet durchaus einen Widerhall in Teilen der Bevölkerung. Eine erschreckend hohe Zahl von Bürgerinnen und Bürgern auch in Deutschland glaubt, dass die Medien von der Politik oder geheimen Kräften gelenkt werden, wie Umfragen und Studien erst vor kurzem erneut bestätigt haben. Selbst absurde Verschwörungstheorien, die im Internet verbreitet werden, finden ein Publikum. In den neuen sozialen Medien greifen Lügen, Hetze gegen anders Denkende und anders Aussehende sowie die Herabwürdigung von demokratischen Politikerinnen und Politikern um sich.
2. Die deutsch-jüdische Denkerin Hannah Arendt hat in ihrem Buch „Wahrheit und Lüge in der Politik“ schon vor mehr als 50 Jahren darauf hingewiesen, wie leicht ganze Bevölkerungsgruppen – sei es weil es ihren kulturellen Präferenzen oder ökonomischen

Interessen entspricht – Lügen in der Politik Glauben schenken. Ein einprägsames Beispiel für die Wirksamkeit der Lüge lieferte vor zwei Jahren die Geschichte von dem entführten und angeblich vergewaltigten Mädchen Lisa. Entgegen aller bekannten Fakten ließen sich tausende Russlanddeutsche nicht davon abhalten, die Geschichte zu glauben und auf die Straße zu gehen. Die russische Propagandamaschine in Gestalt ihres Außenministers Lawrow war mühelos in der Lage, durch Lügen die Fakten außer Kraft zu setzen und die Geschichte in einen anderen Wirklichkeitszusammenhang zu stellen. An diesem Beispiel lässt sich deutlich machen, warum Fakten und Politik nicht immer kongruent sind, auch wenn wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus guten Gründen dafür eintreten, dass Politik auf Fakten beruhen sollte. Politik entsteht nicht einfach aus der Summe aller zugänglichen Fakten, die man nur logisch in einen Zusammenhang stellen muss. Tatsachen sind zwar das Rohmaterial von Politik, aber die Feststellung eines Tatbestandes allein ist nicht politisch. Politisch werden Fakten erst durch eine Geschichte, die über sie erzählt wird. Keine Tatsache, vor allem wenn sie sich auf Ereignisse bezieht, die in der Vergangenheit liegen, ist so evident, dass sie nicht durch gezieltes Lügen in Frage gestellt werden könnte. Auch Bilder, die gemeinhin für Faktizität bürgen, zeigen meistens nur einen Ausschnitt und können in unterschiedliche Kontexte eingebettet sein. Das heißt, es ist immer schon möglich gewesen, Tatsachen ins Gegenteil zu verkehren, indem sie in einen anderen Wirklichkeitszusammenhang gestellt werden.

3. Es gibt noch einen weiteren Grund, warum es nicht so einfach ist, einer wissenschafts- und faktenbasierten Politik zum Durchbruch zu verhelfen. In unserer Disziplin, der Politikwissenschaft beteiligen wir uns an der Erforschung und Erklärung gesellschaftlicher und politische Phänomene, in der Hoffnung, dass wir der Politik dadurch Hinweise für ihr Handeln an die Hand geben können. Aber wir können für unsere sozialwissenschaftliche Forschung weder einen absoluten Wahrheitsanspruch noch die gleiche Evidenz beanspruchen wie Naturwissenschaftler, sondern auch unsere Wissenschaft beruht sehr stark auf Interpretation und diese unterliegt dem Prinzip der Pluralität. Selbst naturwissenschaftliche Erkenntnisse sind nicht immer unumstritten. Wie wir wissen, gibt es Historiker, die den Holocaust leugnen, es gibt Philosophen, wie Marc Jongen, der als Chefideologe die rechtspopulistischen Positionen der AfD wissenschaftlich verbrämt, es gibt Naturwissenschaftler, die den Klimawandel leugnen, und es gibt Lungenärzte, die die bestehenden Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide aus Autoabgasen für unsinnig halten. Auch dann, wenn sie nur eine kleine Minderheit darstellen, tragen sie dennoch zur Verunsicherung in der Bevölkerung bei.

Wir stehen also als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die für eine wissenschafts- und faktenbasierte Politik eintreten, vor einer schwierigen Aufgabe und dürfen es uns nicht zu leicht machen. Wir müssen sachlich und entschieden, aber nicht dogmatisch für unsere aus der wissenschaftlichen Forschung gewonnenen Erkenntnisse eintreten, wir müssen mit guten Argumenten, aber nicht besserwischerisch dafür kämpfen, dass den Leugnern und Lügern, die Fakten beiseite schieben wollen, das Handwerk gelegt wird, und wir müssen

diejenigen ernst nehmen, die Fragen haben oder verunsichert sind. Wir sind der wissenschaftlichen Wahrheit und Neutralität verpflichtet, aber wir sind nicht unparteiisch, sondern wir stehen für die Werte der Aufklärung, für die Menschenrechte und die demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft ein. Unsere wissenschaftliche Arbeit beruht auf Internationalität und auf das Zusammenwirken von Menschen unterschiedlicher Kulturen, Herkünfte und Hautfarbe. Rassismus hat weder in der Wissenschaft noch in der Gesellschaft einen Platz. Bieten wir also den populistischen Vereinfachern die Stirn und sorgen wir gemeinsam dafür, dass unsere Zukunft nicht als postfaktisches Zeitalter in die Annalen der Geschichte eingeht.